



F r e i e H a n s e s t a d t B r e m e n

**Regierungserklärung des
Präsidenten des Senats,
Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte,
abgegeben vor der
Bremischen Bürgerschaft
am 16. September 2021**

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrter Herr Präsident,
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

in den vergangenen eineinhalb Jahren seit Beginn der Corona-Pandemie habe ich die Regierungserklärungen immer mit der für uns alle wichtigsten Zahl begonnen – mit der Inzidenz, also der Zahl der Infektionen in den vergangenen 7 Tagen pro 100.000 Einwohnerinnen und Einwohnern.

Diese Zahl war der Gradmesser dafür, ob das Virus oder ob wir in der Pandemie die Oberhand hatten, ob wir mit unseren Maßnahmen falsch oder ob wir richtig lagen, ob wir noch schärfer hätten reagieren müssen oder ob wir auf dem richtigen Weg waren.

Um es vorweg zu nehmen: Die Inzidenz ist immer noch **ein** Gradmesser in der Pandemie, als **wichtigster** oder gar **alleiniger** allerdings hat sie ausgedient. Mittlerweile sind so viele Menschen in Bremen vollständig geimpft, dass es nicht länger sinnvoll ist, die Pandemie-Bekämpfung alleine an dem Infektionsgeschehen auszurichten.

Wir brauchen und wir geben uns deshalb neue Maßstäbe, an denen wir unser Handeln orientieren. Lassen Sie mich gleich mehr dazu sagen, vorab aber kurz auf die vergangenen Monate zurückblicken – und dabei vor allem auf die Impfquoten in Bremen und Bremerhaven.

Meine Damen und Herren,

das Impfen ist und bleibt der Königsweg aus der Pandemie. Deshalb will ich hier noch einmal ausdrücklich betonen, wie unglaublich stolz mich die Bremer Impfquote macht.

Aktuell sind im Land Bremen gut 77 Prozent der Einwohnerinnen und Einwohner mindestens einmal geimpft, mehr als 72 Prozent haben sogar eine vollständige Impfung erhalten.

- Bei den **über 60-Jährigen** sind mittlerweile mehr als 93 Prozent zumindest einmal geimpft,
- bei den **18- bis 59-Jährigen** sind es fast 85 Prozent und
- bei den **12- bis 17-Jährigen** gut 40 Prozent.

Stolz macht mich die Impfquote aber nicht, weil wir damit weit vor Ländern wie Bayern und Hamburg liegen. Obwohl ich schon weiß, dass uns das in Wahrheit kaum einer zugetraut hat. Stolz machen mich die Zahlen vor allem, weil sie das Ergebnis einer großen bremischen Gemeinschaftsleistung sind.

Hier haben alle, wirklich alle an einem Strang gezogen. Alle haben sich eingebracht, jede und jeder mit dem, was sie oder er am besten kann. Immer dort, wo es nötig war. Im Interesse der Gesundheit der Menschen in unserem Land, um gemeinsam diese Pandemie zu bezwingen.

Ich möchte allen danken, die sich selbst haben impfen lassen und in ihrer Familie, im Bekanntenkreis, bei ihren Freunden und Arbeitskollegen für das Impfen geworben haben. Sie alle haben einen ganz, ganz wesentlichen Beitrag zur Bekämpfung der Pandemie erbracht.

Ich bedanke mich außerdem

- bei den Ärztinnen und Ärzten und dem medizinischen und pflegerischen Personal im Impfzentrum und in den Arztpraxen
- bei den Menschen im Service und in der Logistik des Impfzentrums
- bei den Unternehmerinnen und Unternehmern, die sich mit Know-how und Logistik eingebracht haben
- bei den Menschen im Call-Center, die immer wieder für ihre Freundlichkeit, Kompetenz und Erreichbarkeit gelobt wurden und damit bundesweit Maßstäbe gesetzt haben
- bei dem unglaublich engagierten und innovativen Team, das unser Impfzentrum geleitet hat
- bei den Kolleginnen und Kollegen aus der Gesundheitsverwaltung
- und auch ganz besonders bei Dir, liebe Claudia Bernhard, und den engagierten Menschen in Deinem Leitungsteam.

Diese Leistung, die ihr alle, die wir alle gemeinsam erbracht haben, sie ist gut für den Schutz der Bremerinnen und Bremer, sie ist gut für unseren gemeinsamen Weg aus der Pandemie und sie ist gut für den Ruf Bremens und Bremerhavens.

Aber der Erfolg der Bremer Impfkampagne bedeutet sogar noch viel, viel mehr. Er zeigt nämlich, was unsere Gesellschaft, was unser Gemeinwesen zu leisten in der Lage ist, wenn wir alle zusammenhalten. Wenn wir nicht gegeneinander, sondern miteinander arbeiten, wenn wir alle auf ein gemeinsames Ziel hinarbeiten, und wenn jede und jeder sich mit vollem Einsatz, mit den besten Ideen und mit großer Leidenschaft einbringen kann. Diesen Zusammenhalt und diesen Gemeinsinn werden wir auch in den kommenden Wochen und Monaten brauchen. Wir werden ihn brauchen, um gemeinsam den jetzt anstehenden Aufbruch zu gestalten.


Meine Damen und Herren,

ich hatte es zu Beginn schon gesagt: Angesichts der hohen Impfquote hat die Inzidenz als Leitindikator ausgedient. Denn auch wenn sich deutschlandweit und auch in unseren beiden Städten derzeit wieder mehr Menschen infizieren, ist die Lage in den Krankenhäusern derzeit alles andere als kritisch. Zum einen, weil sich Geimpfte deutlich seltener infizieren und deutlich seltener erkranken. Zum anderen, weil die Krankheitsverläufe selbst deutlich milder, oftmals ohne auffällig Symptome sind.

Aktuell liegen in den Bremer und Bremerhavener Krankenhäusern insgesamt gut 30 Patientinnen und Patienten aus dem Land Bremen, 10 davon auf der Intensivstation. Das soll kein Vorwurf sein – aber, dass die meisten von ihnen nicht geimpft sind, sollte auch denjenigen, die bislang nicht erkrankt und nach wie vor ebenfalls ungeimpft sind, einen Ruck geben. Es leiden und sterben nach wie vor Menschen durch dieses tückische Virus!

Von einer Überlastung der Kliniken, was zu vermeiden ja während der gesamten Pandemie das vorrangige Ziel all unserer Einschränkungen und Vorsichtsmaßnahmen war, davon sind wir allerdings aktuell glücklicherweise weit entfernt. Aber wir müssen gerüstet, wir müssen vorbereitet sein, wir müssen natürlich reagieren, bevor die Krankenhäuser an ihre Grenzen kommen.

Der Senat hat sich deshalb – wie im Bundesinfektionsschutzgesetz vorgesehen - auf die Hospitalisierungsinzidenz als neuen Leitindikator verständigt. Also die Neuaufnahme von Patientinnen und Patienten in den vergangenen sieben Tagen wegen einer Corona-Infektion. Ergänzend dazu werden die bisher maßgebliche Neuinfektionsinzidenz und die Belegung der Intensivstation berücksichtigt.

 Regierungserklärung von
Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte
am 16. September 2021 vor der Bremischen Bürgerschaft

Diesen Werten entsprechend entwickelt der Senat in den kommenden Tagen einen mehrstufigen Reaktionsplan. Mit einer Entwarnungsstufe bei niedrigen Corona-Werten, einer Risikostufe bei hohen Werten und wahrscheinlich zwei Stufen dazwischen.

Anders als bislang können wir uns durchaus vorstellen, dass in einigen Bereichen, beispielsweise in der Gastronomie, in Clubs und in Konzerten, von der 3-G-Regelung abgewichen und dort 2 G ermöglicht wird. Dass die Betreiber sich also von Beschränkungen lösen können, wenn sie nur noch Geimpften und Genesenen den Zutritt erlauben, nicht aber Getesteten.

Wir werden uns bei der Ausgestaltung der 2-G-Regeln aber eher an der niedersächsischen als an der Berliner Regel orientieren. Kinder von Café- oder Restaurantbesuchen auszuschließen – das kommt uns nicht in den Sinn.

Welche Werte für welche Stufe gelten – darüber wird der Senat ebenfalls in den kommenden Tagen noch beraten. Die Regelung unserer niedersächsischen Nachbarn wird dabei ebenso in die Entscheidung einfließen, wie die Debatte hier heute im Parlament.

Ich bin deshalb gespannt auf Ihre Vorschläge!

Meine Damen und Herren,

mit diesem Stufenmodell, davon ist der Senat überzeugt, können wir angesichts der sehr guten Impfquote im Land Bremen gut durch den Winter kommen. Wir sind noch nicht am Ziel, wir wissen, dass es noch Rückschläge geben kann, dass es noch anstrengender werden kann als wir uns das wünschen. Aber wir sind auf dem richtigen Weg und wir werden die Pandemie jetzt Schritt für Schritt hinter uns lassen.



Regierungserklärung von
Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte
am 16. September 2021 vor der Bremischen Bürgerschaft

Ja, auch wir können und müssen bei der Impfquote noch zulegen. Ja, für manche Menschen sind Auffrischungsimpfungen erforderlich. Und ja, es kann auch sein, dass der Impfstoff an neue Virusvarianten angepasst werden muss. Auch wird es weiterhin Infektionen geben und einige Mitmenschen werden wir auch mit intensivstem Werben nicht von einer Impfung überzeugen können. Aber all das ändert überhaupt nichts daran, dass die Impfung unser Weg aus der Pandemie ist, dass sie die Menschen mit großer Zuverlässigkeit vor schweren Verläufen schützt und dass eine hohe Impfquote eine Überlastung unseres Gesundheitssystems verhindert.

Eine Corona-Infektion ist immer noch eine Krankheit, die man vor allem bei Vorerkrankungen nicht auf die leichte Schulter nehmen sollte. Aber sie wird mit fortschreitender Impfung schrittweise zu einer Krankheit unter vielen, sie ragt nicht mehr heraus, sie wird schrittweise zu einer Erscheinungsform des allgemeinen Lebensrisikos.

Meine Damen und Herren,

bisher lag der Fokus auf der akuten Pandemiebekämpfung. Wir haben Maßnahmen ergriffen, um uns vor dem Virus zu schützen, um uns Zeit zu verschaffen bis der Impfstoff in ausreichendem Maße zu Verfügung stand. Wir müssen und wir werden nun aber immer stärker die Bewältigung der Folgen der Pandemie in den Blick nehmen müssen.

Die vergangenen eineinhalb Jahre haben zum Teil recht schonungslos die Defizite in Deutschland offengelegt. In der Wirtschaft und in der Verwaltung, ganz voran aber im Öffentlichen Gesundheitsdienst. Nicht nur, dass wir auf eine Pandemie überhaupt nicht vorbereitet waren, dass es an Masken und anderen Schutzausrüstungen gefehlt hat und wir einen teilweise dramatischen Mangel zu verwalten hatten. Zu den Herausforderungen der Zukunft gehören auch, dass das Gesundheitssystem insgesamt wieder stärker in den Fokus rückt, dass dessen

Wert für die Öffentliche Daseinsvorsorge und für die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger wieder mehr geschätzt und mehr anerkannt wird.

Der Senat hat darauf in den vergangenen Wochen und Monaten bereits reagiert.

Wir nehmen künftig mehr Geld in die Hand, denn

- wir brauchen mehr Personal und mehr Digitalisierung in den Gesundheitsämtern – was der Senat durch den ÖGD-Pakt bereits auf den Weg gebracht.
- wir brauchen mehr Investitionen in den Krankenhäusern – deshalb haben wir die Klinik-Investitionen in dem Entwurf für den kommenden Doppelhaushalt erhöht.
- und wir brauchen mehr Pflegepersonal sowohl in den Kliniken als in den Pflegeeinrichtungen – weshalb wir die Ausbildung der Pflegeberufe weiter ausbauen werden.

In all diesen Bereichen, da gibt es überhaupt keinen Zweifel, ist es richtig und notwendig, dass wir uns stärker als bislang engagieren, dass wir aus der Pandemie lernen und dass wir die Schwachstellen Stück für Stück beseitigen.

Meine Damen und Herren,

die in den letzten Monaten getroffenen Maßnahmen gegen die Pandemie waren aus Gründen des Infektionsschutzes notwendig, haben aber erhebliche negative Nebenwirkungen gehabt, da dürfen wir uns nichts vormachen. Dass die Bildungs- und Betreuungseinrichtungen monatelang zumindest nur eingeschränkt geöffnet waren, dass ganze Wirtschaftszweige keine Existenzgrundlage hatten, dass Menschen aufgrund der Kontaktbeschränkungen vereinsamt sind – das alles ist nicht ohne Folgen geblieben.

Deshalb müssen wir eine ehrliche Bilanz ziehen. Was haben die Corona-Maßnahmen mit unserer Wirtschaft und unserer Gesellschaft gemacht? Was müssen wir tun, um den sozialen Zusammenhalt wieder zu stärken? Wie kommen wir solidarisch aus der Krise heraus?

Meine Damen und Herren,

es darf nicht sein, dass sich die Gesellschaft nach der Pandemie noch stärker als bislang spaltet – in Armen und Reiche, in die, die in der Pandemie um ihre Existenz gefürchtet haben, und die, die ohne Einbußen davongekommen sind. Wir brauchen deshalb, davon bin ich fest überzeugt, eine gerechte Lastenverteilung. Und wir müssen die in besonderer Weise unterstützen, die auf diese Unterstützung angewiesen sind.

Ich möchte beispielhaft einige Themen nennen, die uns meiner festen Überzeugung nach in den nächsten Wochen und Monaten – neben dem Ausbau des öffentlichen Gesundheitsdienstes - in besonderem Maße fordern werden.

Beispiel: Kinder und Bildung.

Kein anderes Bundesland hat in der Pandemie so viel Bildung und Betreuung ermöglicht wie Bremen. Nirgendwo war das Tempo bei der Digitalisierung so hoch wie bei uns.

Trotzdem: Wir dürfen uns nichts vormachen. Der erhebliche Betreuungsausfall, die Monate im Heim- und Wechselunterricht - das ist nicht ohne Folgen geblieben. Und leider weisen alle vorliegenden Erkenntnisse darauf hin, dass vor allem diejenigen darunter leiden, die es ohnehin schon schwer genug haben. Wir schulden es diesen Kindern und Jugendlichen, dass wir alle erdenklichen Anstrengungen unternehmen, die entstandenen Defizite wettzumachen. Mit aller Kraft die wir aufbringen können.

Wir brauchen einen gesellschaftlichen Konsens, dass jetzt niemand zurückgelassen und sich selbst überlassen wird. Bildungsgerechtigkeit ist mehr denn je die zentrale Herausforderung für unser Gemeinwesen.

Beispiel: Wirtschaftliche Transformation

Die Transformation unserer Industrie in Bremen und Bremerhaven ist durch die Pandemie noch wichtiger geworden. Denn die Herausforderungen des Klimawandels sind zwischenzeitlich ja nur scheinbar in den Hintergrund getreten. Wir müssen sicherstellen, dass wir nicht länger auf Kosten der Natur und zukünftiger Generationen wirtschaften. Und wir müssen gleichzeitig sicherstellen, dass die Menschen auch in Zukunft von ihrer Hände und ihrer Köpfe Arbeit leben können.

Der Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft ist ein Schlüssel dafür, dass Bremen ein starker Industrie- und Logistikstandort bleibt und die erforderliche ökologische Transformation bewältigt.

Diese Erkenntnis ist nicht neu. Wir arbeiten schon länger mit den norddeutschen Bundesländern an einer gemeinsamen Wasserstoffstrategie und werben gemeinsam beim Bund um Unterstützung. Derzeit laufen verschiedene Förderanträge in den Bereichen Stahl, Infrastruktur, Mobilität und Häfen. Im besten Fall werden über eine Milliarde Euro in unseren beiden Städten investiert.

Zusätzlich haben Bremen und Bremerhaven gemeinsam mit Stade und Hamburg vor zwei Wochen den Zuschlag für ein Wasserstoff-Innovationszentrum erhalten, um Wasserstoffanwendungen insbesondere in der Luftfahrt und der Schifffahrt zu entwickeln.

Das zeigt zweierlei: Unsere Vorarbeiten, die wir in den letzten Jahren bereits in Angriff genommen haben, zeigen Früchte. Und auch die Schwerpunkte, die wir mit dem Bremen-Fonds setzen, sind die richtigen.

Ebenfalls von zentraler Bedeutung für den wirtschaftlichen Aufbruch sind Digitalisierung und künstliche Intelligenz. Ich bin der festen Überzeugung: Trotz der bekannten Rückstände, die Deutschland im internationalen Vergleich hat, wird es in diesen Bereichen in den nächsten Jahren einen großen Entwicklungsschub geben – insbesondere auch in Bremen und Bremerhaven. Und ich hoffe, dass die jüngsten Entwicklungen in Sachen Jacobs University hierzu einen positiven Beitrag leisten werden.

Denn Bremen bietet in mehrfacher Hinsicht Standortvorteile gegenüber anderen Regionen. Wir haben bei der Digitalisierung von Verwaltungsdienstleistungen einen guten Namen und sind bei der Digitalisierung der Schulen ganz vorne mit dabei. Dass wir so schnell Schülerinnen, Schüler und Lehrkräfte mit I-Pads ausgestattet haben und auf eine bereits etablierte Lernplattform zurückgreifen konnten, das hat uns beim Aufrechterhalten von Lernangeboten während der Hochzeiten der Pandemie entscheidend geholfen.

Beispiel: Innenstadtentwicklung

Wie sehr Corona die Wirtschaft erst belastet und dann verändert hat, ist nirgendwo so sichtbar wie in unseren Innenstädten.

Die Herausforderungen, vor denen die Citys deutschlandweit stehen, sind größten Teils zwar nicht neu, aber die Pandemie hat wie ein Katalysator gewirkt und die bereits laufenden Veränderungsprozesse, insbesondere den Bedeutungszuwachs des Online-Shoppings, noch einmal beschleunigt. Nicht nur in Bremen und Bremerhaven bedarf es erheblicher Anstrengungen, um die Attraktivität und Anziehungskraft der Innenstädte zu bewahren oder wiederherzustellen.

Auch künftig wird die City ein Ort des Einzelhandels bleiben, aber sie wird noch viel stärker als bisher ein Ort des Wohnens und Arbeitens, der Kultur und Freizeit und der Bildung und Wissenschaft werden müssen.

Der Senat hat deshalb mit dem Aktionsprogramm Innenstadt erste wichtige Impulse zur Belebung und zur Entwicklung neuer innovativer Nutzungskonzepte gesetzt. Und auch der Bremerhavener Magistrat hat für die Seestadt ein entsprechendes Programm aufgelegt.

In einem zweiten Schritt geht es jetzt darum, die Grundlagen für langfristig wirksame Attraktivitätssteigerungen unserer Innenstädte zu legen. Ich möchte in diesem Zusammenhang nur beispielhaft auf die angestrebte Gründung eines Wissenschaftscampus in der Bremer City hinweisen.

Klar ist in jedem Fall: Es wird ein herausfordernder und schwieriger Weg werden. Denn für eine erfolgreiche Revitalisierung der Innenstädte muss an ganz vielen Stellschrauben gedreht werden und es müssen ganz unterschiedliche Akteure – von der Geschäftsinhaberin bis zum passionierten Fahrradaktivisten - für ein gemeinsames Vorgehen gewonnen werden. Als Kultursenator liegt mir dabei natürlich besonders am Herzen, dass dabei der durch die Pandemie schwer gebeutelten Kultur eine tragende Rolle eingeräumt wird.

Beispiel: Sport

Schon jetzt weisen uns Kinderärzte auf die schwerwiegenden Folgen des Bewegungsmangels im Lockdown hin. Fast zwei Jahre lang keine oder nur wenige Sportangebote – das ist für Kinder und Jugendliche eine unglaublich lange Zeit. Zumal Sport und Bewegung für die kindliche Entwicklung so elementar sind. Sport fördert die Integration, das Sozialverhalten und das Miteinander.

Das Sportressort fördert deshalb die Bremer Sportjugend noch stärker und hat die Marketing-Kampagne „Comeback“ gestartet. Sie soll den Nachwuchs für die attraktiven Angebote in den Vereinen gewinnen.

Wir dürfen und werden beim Sport allerdings auch die älteren Menschen nicht vergessen. Denn auch sie haben während des Lockdowns gelitten und konnten sich nicht fit halten.

Und schließlich wollen wir wieder vermehrt Ehrenamtliche als Übungsleiter gewinnen. Bremen und Bremerhaven sind auch deshalb so lebens- und liebenswerte Städte, weil sich hier bei uns so viele Menschen ehrenamtlich engagieren – in vielen Lebensbereichen, nicht nur im Sport. Das verdient Würdigung und Förderung.

Beispiel: Gleichstellung

Ich habe in einer meiner ersten Corona-Regierungserklärungen schon gesagt, dass die Belastungen der Pandemie nicht gleich auf die Geschlechter verteilt sind.

Wir haben die Förderungen aus dem Bremen-Fonds an die Bedingung geknüpft, dass die Geschlechter gleichermaßen berücksichtigt werden. Das ist richtig und wichtig und es zeigt, dass wir mit diesem Problem sachgerecht umgehen wollen. Aber das reicht natürlich nicht.

Die von mir sehr geschätzte Jutta Allmendinger antwortete auf die Frage, ob die Corona-Krise uns in der Frage der Geschlechtergerechtigkeit zurückgeworfen habe: „Ja, die Frauen erleiden eine entsetzliche Re-Traditionalisierung.“ Leider hat sie damit vielfach Recht.

Frauen sind von der Pandemie insgesamt härter getroffen. Es waren vor allem sie, die unter der Doppelbelastung von Arbeit und Home Schooling zu leiden hatten.

Und was normale Familien schon an den Rand des Wahnsinns getrieben hat, was glauben Sie, hat das mit Alleinerziehenden gemacht? Neun von zehn Alleinerziehenden sind Frauen.

Es wird einer besonderen Kraftanstrengung bedürfen, diesen gesellschaftlichen Rückschritt wieder umzukehren und auszugleichen. Das kann und darf keine Aufgabe der Gleichstellungsbeauftragten sein, dass funktioniert nur als gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Wir brauchen deshalb einen gemeinsamen Aufbruch für Geschlechtergerechtigkeit.


Beispiel: Beschäftigung

Ein Thema bei dem sich die Folgen der Pandemie und die Chancen für den Aufbruch am intensivsten miteinander verbinden ist Arbeit und Beschäftigung.

Sie erinnern sich sicher alle noch, wie landauf landab Beifall geklatscht wurde für die Beschäftigten in den systemrelevanten Berufen. Auch wir hier in der Bürgerschaft haben das getan.

Die Arbeiterinnen und Arbeiter in der kritischen Infrastruktur waren auf einmal allseits anerkannt das Rückgrat der Gesellschaft. Dank und Anerkennung galt den Frauen und Männern in den Pflegeberufen, im Einzelhandel, bei den Paketdiensten, im ÖPNV und im Reinigungsgewerbe.

Aber mein Eindruck ist, dass der Beifall inzwischen ein bisschen leiser geworden ist, dass Dank, Anerkennung und Respekt nicht mehr mit gleicher Intensität vorgetragen werden. Es lohnt sich durchaus einmal auf die Arbeitsbedingungen in diesen systemrelevanten Berufen zu schauen.

 Regierungserklärung von
Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte
am 16. September 2021 vor der Bremischen Bürgerschaft


In systemrelevanten Berufen sind die Arbeitsbedingungen oft schlecht und der Lohn niedrig. Besonders eklatant zeigt sich das in Berufen mit einem hohen Frauenanteil - beispielsweise bei Arzthelferinnen und Verkäuferinnen. Hier liegt der Stundenlohn 35 bis 45 Prozent unter dem Durchschnittslohn. Respekt und Anerkennung sehen anders aus!

Deshalb müssen wir gemeinsam mit den Tarifpartnern dafür sorgen, dass die Wertschätzung, die wir diesen Menschen schulden, auch in deren Geldbeutel ankommt. Wir dürfen es nicht beim Beifall beruhen lassen.

Würde der Mindestlohn deutschlandweit auf 12 Euro steigen – so wie wir das in Bremen für den Landesmindestlohn ja bereits festgelegt haben – würden davon zehn Millionen Menschen profitieren.

Wir haben zu Beginn der Pandemie allen versprochen, die den Laden am Laufen gehalten haben: Wir werden euren Einsatz nach der Pandemie nicht vergessen. Lassen Sie uns dieses Versprechen nun einlösen. Lassen Sie uns für gute und sichere Arbeit eintreten, als Kern eines solidarischen Aufbruchs.

Denn, meine Damen und Herren, gute und sichere Arbeit für die Menschen in unserem Land ist auch die Voraussetzung für auskömmliche Staatsfinanzen, um eine hochwertige medizinische Versorgung, ein leistungsfähiges und gerechtes Bildungssystem und funktionierende soziale Angebote finanzieren zu können. Gute und sichere Arbeit ist die Basis für starke und stabile Sozialversicherungssysteme. Gute und sichere Arbeit ist der Kern einer würdevollen Erwerbsgesellschaft, für die dieser Senat sich einsetzt.

 Regierungserklärung von
Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte
am 16. September 2021 vor der Bremischen Bürgerschaft

Meine Damen und Herren,

wir haben jetzt eineinhalb Jahre mit dem Virus gerungen, wir haben vielen Menschen viel zugemutet und mussten traurige Todesfälle beklagen. Manche haben unter den Beschränkungen nicht so stark gelitten, für viele aber waren es extreme Belastungen. Wir kommen nun in eine neue Phase. Wir blicken jetzt nach vorn.

Der Weg in den Ausnahmezustand ist immer leichter als der Weg hinaus. Aber wir müssen den Weg zurück in ein normales Leben finden, wir können nicht für immer im Ausnahmezustand bleiben. Dabei müssen wir vorsichtig und besonnen bleiben, aber wir dürfen auch nicht ängstlich und verzagt sein. Das Virus wird uns nicht verlassen, aber keine Pandemie dauert ewig.

Wir werden das Risiko nicht auf null bringen, das gelingt auch sonst nirgendwo. Aber wir haben mit der Impfung einen Weg aus der Pandemie gefunden. In der nächsten Zeit werden wir noch einige Instrumente der Pandemiekontrolle benötigen, aber die Situation ist inzwischen eine andere als noch vor einigen Monaten.

Wir haben gezeigt, dass wir auch schwierige Situationen meistern können: wenn wir zusammenhalten und den Weg gemeinsam gehen.

Darum bin ich mir sicher: Gemeinsam werden wir auch den jetzt erforderlichen Aufbruch erfolgreich gestalten, zu wirtschaftlicher Stärke zurückkehren und den sozialen Zusammenhalt zu bewahren.

Vielen Dank!